©Ö... download unter www.biologiezentrum.at

Vorarlbgr. Nachr. 7. 8. 84

Wiederaufbereitungsanlage Schwandorf – ein Beispiel mehr für die Entmündigung des Bürgers im Atomstaat

SZ 26.5.83 **Polizei photographiert Landrat**
Erklärungen zum Abbruch eines Holzturms bei Schwandorf

Eklat um Wiederaufarbeitungsanlage Südd. Ztg. 12. 7. 84

Bericht für Abgeordnete schriftlich nicht zu haben
SPD verläßt unter Protest Sitzung des Umweltausschusses

Draghan-Hearing unter Ausschluß der Öffentlichkeit
SZ 25./. 84 sd. Hannover (Eigener Bericht)

Schutzwall der Nuklearfabrik bedroht 20 Hektar Wald Süd. Ztg. 13.6.84 SZ 13.6.84
Schwandorfer Bürgermeister fühlen sich von Bauplanung überfahren

Seite 24 □ Süddeutsche Zeitung Nr. 39 16. 2. 84

Geistliche und Naturschützer zürnen Justizminister Lang
Kritik an Prozession gegen Kernkraft als zynisch zurückgewiesen

Heinz Stockinger

Wiederaufarbeitungsanlage (WA A) Schwandorf, Bayern: Ohne Rücksicht auf Verluste ...

Zusammenfassung:

1) Unwirtschaftlich. (z. B. nach Angaben der Betreiber – DKW: Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen – selbst. – H. C. v. ROHR, wirtschaftspolitischer Sprecher CDU-Hamburg.)
Voraussichtliche Baukosten: **rund 15 Milliarden Mark.**

2. **1600 Dauerarbeitsplätze. Viel mehr Arbeitsplätze könnten mit gleichem Kapital anderswo geschaffen werden.**
Bei 15 Milliarden DM Baukosten kommt die Schaffung eines Arbeitsplatzes auf fast 10 Mio. DM – bis 100 x soviel wie für einen durchschnittlichen Industriearbeitsplatz! (z.B. DGB-Studie)

3. **Waldsterben egal? Mit 2/3 dieser Baukosten ließen sich mühelos alle BRD-Kohlekraftwerke entschwefeln.**
4. **Mehr Energie(einsparung) durch bewährte Techniken.**
   Selbst bei Kernenergie-Vollausbau in der BRD bis 2030 Rückgewinnung von Uran und Plutonium durch WAA = **höchstens 6%** der Gesamt-Endenergie. Diese 6% würde der „harte Wachstumspfad" – mit laut Planung 12 WAA! – in rund 50 Jahren bis 2030 schaffen. In 5, 6 Jahren hat selbst unsystematisches Energiesparen einen höheren Prozentsatz geschafft (z.B. Dr. L. Trautmann, Physiker)
5. Etwa Verzwanzigfachung der radioaktiven Abfallmenge.
   Erfordert dementsprechend **größere Endlager!** (Wissenschafter-Anhörung Bayr. Landtag)
6. Biologisch-medizinische Gefährdung. Grenzwerte für **radioaktive Abgaben zu hoch.** Gefahr für die Gesundheit Tausender. Bayer. Umweltministerium hat z.B. die Rückhaltung von **Krypton-85** gefordert, dann – lt. DWK „zu teuer" – auf die Auflage verzichtet. (Min.-Auflagen und DWK-Sicherheitsbericht; Univ.-Prof. A. WEISS, Chemie, München, Prof. H. BEGEMANN, Strahlenmedizin, München)
7. **Atomgesetz verfassungswidrig,** weil es die gesundheitliche Gefährdung (Krebs, Erbschäden) der breiten Bevölkerung ignoriert. (RA. W. BAUMANN, Atomrechtspezialist, Würzburg)
8 **Verstoß gegen Völkerrecht – Gefährdung von Nachbarländern.**
   Schon bei „Normalbetrieb" hohe radioaktive Abgaben – über Schornstein und Abwässer – erlaubt. Auch nach **Österreich!** (Windverfrachtung)
9. **Enorme Erhöhung der Atomtransporte und -unfälle.**
   Dadurch Erhöhung der Risiken
10. **Angriffsziel für Saboteure, Terroristen.**
    (z. B. D. ELLSBERG, ehem. Pentagon-Beamter)
11. **Angriffsziel im Kriegsfall.** (Derselbe u.a.)
12. **Weg zu deutscher Atombombe.** Erhöhung der Kriegsgefahr. Diese WAA ist – wie jede andere – eine „Bombe", die nach vorne und nach hinten losgehen kann: Nach vorne als Spaltmaterilalieferant für A-Bomben-Bau, nach hinten als mögliche Verseuchungsquelle mit einem Radioaktivtätsinhalt von 44.800 gezündeten Hiroshima-Nagasaki-Bomben. (Univ. Prof. J. W. GOFMAN, USA)
13. **Großtechnologie – Zentralismus – Kontrolle – Freiheitsbeschränkung.**
    Bereits Bauentscheidung und Durchführung gegen einher mit zentralistischer Technokratie und Bürokratie, mit der Mißachtung der Meinung und Rechte großer Bevölkerungsteile und Wissenschaftergruppen. Parole „Durchziehen"!
14. Eine Fülle **sozialer Spannungen,** die vermeidbar wären

Da waren's nur noch . . . ?

Eine Anlage für die Aufarbeitung – oder Aufbereitung – von 1400 Tonnen abgebrannten Uranbrennstäben sollte es zunächst werden – innerhalb eines „Integrierten Entsorgungszentrums" in Gorleben (Niedersachsen). Weitere ebensogroße sollten folgen. Binnen kürzester Zeit, seit 1980 etwa, wurde dann im WAA-Wald kahlgeschlagen: Zwei kleinere

Anlagen zu je 350 Tonnen Jahresdurchsatz, hieß es noch 1982. Seither ist nur mehr von einer 350-to-WAA in der BRD die Rede. Standort DRAGAHN (Niedersachsen) oder WACKERSDORF bei SCHWANDORF (Bayern-Oberpfalz). Deren Genehmigungsunterlagen sprechen dafür von 2 to/Tag – was wieder auf 700 to/Jahr käme.
In ganz letzter Zeit mehren sich die Anzeichen, daß die Industrie – die über den Bauherrn DWK beteiligten Stromkonzerne – am liebsten überhaupt aus dem Projekt ausstiege. Wegen der immer horrenderen Kosten, die sich jetzt aus der Sicht der Betreiber abzeichnen.

„Bald vier, bald acht, bald fünfzehn Milliarden . . . "

Diese purzelnden WAA-Vorhaben zeichnen den Absturz der einst ehrgeizigen Atompläne und der Strombedarfs- und Wirtschaftlichkeitsprognosen nach.
Im Gegensatz zu einem Großteil der Bevölkerung und zu den Oppositionsparteien drängen aber die Bundesregierung und die jeweilige Landesregierung immer noch auf das eine eventuelle Vorhaben. Motiv: **„Das wirtschaftlich interessanteste Projekt dieses Jahrzehnts"** (Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht).
Die **Bauzeit** wird von DWK-Broschüren mit 5 – 6 Jahren veranschlagt. Kritiker unter Technikern und Wissenschaftern rechnen mit bis zu 12 Jahren. Die **Baukosten** – für eine Anlage – wurde 1982 mit 4 – 4,5 Milliarden Mark angegeben. Ein Jahr später war die DWK schon bei 7,3 Milliarden. Aber eher intern, nicht gegenüber der Öffentlichkeit. 1984 rechnete man laut SPIEGEL ebendort schon mit 10 Milliarden.
„Abhängig von Inflationsrate, Zinsen und Bauzeit werden die Anlagekosten sich um die Hälfte bis zu Dreiviertel verteuern", geht eine Studie von U. Hansen aus dem Verlag des alles andere als atomfeindlichen TÜV Rheinland mit den wirtschaftlichen WAA-Aussichten hart ins Gericht. Also können – bei z. B. überzogener Bauzeit – aus 10 Milliarden realistischerweise 15 Milliarden Mark werden. **100 Milliarden Schilling** – das Defizit des Staatshaushalts einer ganzen Nation wie der unsrigen.
Die größte deutsche Technikerzeitung, VDI-Nachrichten, allerdings scheut sich nicht, noch gegen Ende 1984 ihrem Fachpublikum – d.h. wichtigen Meinungsmultiplikatoren – mit dem „4,5 Milliarden-DM-Projekt" Sand in die Augen zu streuen...

Die Begründung der WAA hat sich in der Luft aufgelöst.

Bei der Anhörung von Experten im bayerischen Landtag am 13. Oktober 1983 machten auch die Vertreter „der verschiedenen deutschen Kernforschungszentren kein Hehl aus ihrer Einschätzung, daß erst die Technik des Brutreaktors die Wiederaufbereitung wirtschaftlich erscheinen lasse." (Südd. Zeitung, 14. 10. 1983)
Ein kommerzieller Einsatz des Schnellen Brüters in der BRD steht aber bekanntlich in den Sternen. (Nach Bauzeit- und Baukostenfiasko ist ja noch nicht einmal ein Versuchsbrüter, SNB-300 in Kalkar, in Betrieb, geschweige denn ein echter Prototyp oder gar ein kommerzieller Brüter. Es ist nicht einmal sicher, ob der SNB-300 je Strom erzeugen wird.)
Damit hat sich nach ursprünglichem Bekenntnis der Betreiber der einzige schlüssige Grund für eine WAA, nämlich der kommerzielle, in Luft aufgelöst. Also „müsse das bayerische Umweltministerium seine Haltung ändern" und logischerweise das Genehmigungsverfahren aussetzen, verlangte Hubert Weiger, stellvertretender Vorsitzender des BUND Bayern, dann auch nach der Landtags-Anhörung.

Soweit kommen nur wenige Froschlaich in einem Tümpel. Foto: W. Herbst

Deutsche A-Bombe ?

Entgegen den Präferenzen der Stromerzeuger beharren die Regierenden auf der WAA. Was kann der Grund sein ? Für die Landespolitiker sicher die großindustrielle Belebung. Selbst der atomfreundliche Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aber macht folgende Rechnung:

„Die in einer 350-to-WAA jährlich entstehenden 3,5 to Plutonium würden rund 550 Millionen DM kosten. Sieben Tonnen Uran mit gleichem Energieinhalt dagegen nur 175 Millionen Mark. Den Differenzbetrag von 375 Millionen müßten Bund und Länder aufbringen."

Mit dieser Dauersubvention würden ca. **1600 Arbeitsplätze** geschaffen. „Anderswo könnten mit dem gleichen Geld viel mehr Jobs geschaffen werden. Der DGB spricht sich in einem internen Papier entschieden gegen den Bau einer WAA aus", berichtet der SPIEGEL im April 1983.

Als möglicher Grund bleibt übrig: Im innersten politischen Führungskreis will man sich die Option auf **eigene A-Waffen** offenhalten. Oder zumindest auf den Export A-waffenfähigen Materials – etwa an die USA, deren Regierung ja schon vor einiger Zeit Pläne zum Einsatz „zivil" gewonnenen Plutoniums für Atomsprengköpfe wälzte.

Solcher Verdacht wird selbstverständlich entrüstet zurückgewiesen. Doch das tat noch jeder Staat, jede Regierung, die ähnlicher Absichten verdächtigt wurden. Bis sie eines Tages – wie etwa Israel – dann doch die A-Bombe in der Tasche hatten. Gerade in den beiden letzten Jahren haben immer wieder führende Militärs und Politiker in Frankreich eine europäische Atommacht mit deutscher Beteiligung als zumindest überlegens- wenn nicht wünschenswert suggeriert. Sollte es dafür auf deutscher Seite gar keine Symphatisanten geben ?

Zahlreiche Fachleute haben übrigens diese Hypothese des direkten deutschen Zugangs zu Atombewaffnung im einzelnen untersucht und mit Indizien belegt. So General a.D. Gert Bastian. Ebenso Daniel Ellsberg, ehemaliger hoher Pentagon-Beamter und Berater mehrerer US-Präsidenten. (Vgl. Südd. Zeitung, 1. 3. 1983)

„Ein Meisterwerk an Auslassungen und Verheimlichungen"

Radioaktivität wie von ca. 45.000 Hiroshima-Nagasaki-Atombomben würde eine WAA der beschriebenen Größe in sich bergen, warnt Univ. Prof. J. W. Gofmann, USA. Das Zig-fache des – Menschenvorstellung schon übersteigend – radioaktiven Inventars eines Atomkraftwerkes. Kann so etwas auf Dauer sicher sein?
In einem früheren Stadium der Diskussion hatte das bayerische Umweltministerium unter Alfred Dick – ebenso wie atomkritische Wissenschafter – die restlose Rückhaltung von **Krypton-85** gefordert.
Darauf hat das Ministerium einfach wieder verzichtet. Es hat, so der Schwandorfer Landtagsabgeordnete Zierer (SPD), „Vorgaben des eigenen Kriterienkatalogs vergessen oder zurechtbiegen lassen." Gar der Gesundheit wegen? Mitnichten! Süddeutsche Zeitung vom 10. November 1983: „Nach Darstellung der DWK käme die vollständige Rückhaltung" des radioaktiven Edelgases „zu teuer"
„Die Alternative Gesundheit oder Wirtschaftskraft stelle sich für die Lüneburger CDU gar nicht", hatte deren Sprecher im Kreistag zum – identischen – WAA-Projekt Dragahn verkündet. In der Tat: es ist klar, welchem von beiden der Vorzug gegeben wird.
Und je mehr man die Sicherheit verramscht, umso beflissener wirft man „uneingeschränktes Vertrauen in die Sicherheitsvorkehrungen der DWK" in die Bresche – wie die CSU am Bezirkstag der Oberpfalz bekundete.
In der WAA Windscale/Sellafield – soweit sie arbeitet – und in La Hague verteilen sich Krypton-85 und andere Spaltprodukte „wenigstens" großteils in die Weite des Meeres. (Von wo sie – siehe Plutonium im Küchenstaub landeinwärts von Sellafield – manchmal unerwartet, allerdings unerlaubterweise, zurückkommen.) In Schwandorf will die E-Wirtschaft „die schon im Kampf gegen das Waldsterben **bewährte Politik der hohen Schornsteine** anwenden", ätzte die Berliner aeternative „taz". Man muß den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) ja glaubhaft abnehmen können, daß sie dank Atomkraft unermüdlich an der Rettung des Waldes arbeitet ...
Lästigerweise schreiben Bundesrichtlinien für einen WAA-Standort vor, daß der Wind an nicht mehr als 90 Tagen aus der gleichen Richtung wehen darf. In Schwandorf-Wackersdorf aber weht der Wind an weit mehr als 100 Tagen aus der gleichen Richtung! Die Hüter des Rechtsstaates wissen sich zu helfen: die bayerische Staatsregierung setzt eine so „windige" Vorschrift kurzerhand außer Kraft. Sie schuf damit nach Worten von Prof. Armin Weiss, Chemiker an der Universität München, eine „Lex Schwandorf" – **man biegt das Gesetz einfach auf den jeweiligen Standort hin.**
„Weiss hält dem bayerischen Umweltminister Dick weitere grobe Fehler im Sicherheitsbericht der DWK vor. Maßwerte der deutschen Versuchs WAA in Karlsruhe über die radioaktive Emission von **Jod 129** seien bewußt ignoriert bzw. verfälscht worden. Der beantragte Jod-Ausstoß liegt um bis zu 3000% höher als in Karlsruhe. Obwohl die Karlsruher Wissenschafter zugeben mußten, daß schon ihre wesentlich niedrigeren Werte bei Kleinkindern zu einer radioaktiven Belastung von 90 mrem pro Jahr führen."
Das ist an der Grenze des Tolerierbaren. Doch der Zynismus jener, die im Grundgesetz

©Österreichischer Naturschutzbund; download unter www.biologiezentrum.at

...und wenn, dann oft zu spät!
Zugeschütteter Tümpel in den
Walser Wiesen bei Salzburg

Viele kommen gar nicht an
Foto: W. Herbst

die Unversehrtheit des menschlichen Lebens garantiert, kennt keine Grenze. Auch nicht, wenn es um Kleinkinder, um die zukünftigen Staatsbürger geht. Laut Prof. Weiss werden nahezu alle in der Region produzierten Lebensmittel verseucht. Insbesondere in den reichhaltig vorkommenden Schwarz- und Preiselbeeren reichert sich nach (seinen) Berechnungen eine **Tritiumkonzentration** an, die **die für Lebensmittel zulässigen Werte deutlich übersteigt.**

Durch die Politik der hohen Schornsteine wird die **Kuhmilch in einem Umkreis von bis zu 50 km verseucht.** Schweigen es die amtlichen Kontrollore nicht tot, können die Bauern in der Donauniederung um Regensburg ihre Kühe abschlachten und stempeln gehen. Unterm Strich gehen dadurch in der Landwirtschaft mehr Arbeitsplätze verloren, als durch die WAA geschaffen werden. Strahlende Aussichten für die Oberpfalz!

„Strahlende Aussichten für die Oberpfalz!" schließt die „taz" dieses atomare Stilleben. Wem dieses und anderes Spielen mit der Gesundheit der Menschen nicht genügt, der sei an anderes absolut Sichere erinnert.

Seit ein, zwei Jahren versuchen es die Regierenden in der Bundesrepublik ähnlich wie seit langem in Frankreich: Die Kernkraft-Sicherheit als so eine „g'ritzte Sache" hinzustellen, daß man gar nicht darüber zu reden braucht und die Warner als Ewiggestrige bloß noch mitleidig belächelt. „Sicherheit! Mit so'n altem Hut lockst du doch kein' Hund mehr hinterm Ofen hervor!" Man hat eben „Optimismus" verordnet...

Derart fraglos sicher war auch das gegen starken Widerstand von Bürgerinitiativen und Wissenschaftern durchgezogene **Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente in Gorleben.**

Was Jahrzehnte ohne einen Kratzer halten sollte, was – entgegen dem Urteil unabhängiger Wissenschafter – gegen Einsturz, Flugzeugabsturz und Beschuß gefeit sein sollte: mußte ein paar Monate (!) nach Inbetriebnahme schon wieder geschlossen werden! Weil irgend eine komplizierte technische Einrichtung dieser Hochtechnologie versagte? Nein. Sondern weil der Boden der Lagerhalle Risse bekam! Das erinnert an eine Luxuslimousine, die mit Fahrradreifen bestückt ist und eingeht.
Es ist also nicht unbedingt übertrieben, wenn der Physiker Helmut Hirsch von der Gruppe Ökologie, Hannover, den DWK-Sicherheitsbericht für den „dümmsten und erbärmlichsten" hält, den er „je gesehen" hat. Prof. Weiss resümiert: „Ein Meisterwerk an Auslassungen und Verheimlichungen."
Darauf aber wird eine der folgenschwersten Techniken gebaut, deren die Menschheit heute „fähig" ist.
Das US-Energieministerium veröffentlichte Ende Jannuar 1982 eine vernichtende Kritik über die – nach kurzem Betrieb mit schweren Problemen – stillgelegten WAA Barnwell, wo prinzipiell dasselbe FEMO(fernhantierte und modulare)-Verfahren wie in den Schwandorfer Plänen angewandt wurde: **Wegen elementarer Aspekte der Anlagenkonzeption, ihrer Dimensionierung und Ausführung, wäre ein Vollastbetrieb von Anfang an durch außergewöhnliche Betriebs- und Wartungsrisiken belastet.**

„Abenteuer unüberschaubaren Ausmaßes"

Es wäre ja auch höchst unangebracht, wenn statt all dessen die EVU's, die die DKW finanzieren, dasselbe Geld in etwas anderes investieren. Etwa in Entschwefelung, die man **allein mit den WAA-Baukosten** allen BRD-Kohlekraftwerken mühelos angedeihen lassen könnte. Da wäre jeder Staatsbürger und Stromkunde dafür.
Aber die EVUs und die Politiker in den Aufsichtsräten meinen offenbar, die „4 – 7 Milliarden DM" Baukosten, die „von den Stromkunden getragen werden müssen" (C. Salander, DWK), seien in sozialem Unfrieden besser angelegt. „Die deutsche Elektrizitätswirtschaft" – genauer: der Stromverbraucher! – „müßte als Preis für die Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik einen **Mehraufwand von jährlich (!) annähernd einer Milliarde Mark zahlen"**, warnt selbst der Hamburger CDU-Wirtschaftsexperte H. C. von Rohr in „Die Zeit" vor diesem „Abenteuer unübersehbaren Ausmaßes" Er fügt hinzu, daß sich der Betrag „bis zur Inbetriebnahme 1992 durchaus noch **vervielfachen** könne"! Doch die Uneinsichtigen? Waldsterben, Entschwefelung, Geld für Filter? Nie gehört. Außer wenn man bei anderer Gelegenheit wieder auf der „Waldhochzeit" tanzt und sich vor lauten Betroffenheit über den Baumtod nicht fassen kann.
50.000 Einzelbürger und Gruppen haben im Landkreis Schwandorf in der Oberpfalz Einsprüche gegen die WAA deponiert. Das ist ein Drittel der Bevölkerung, das sich öffentlich gegen das Mammutvorhaben deklariert. In der Wahlzelle gewiß die Mehrheit, wie auch eine von den Betreibern organisierte Umfrage bestätigte. Dafür wurde die Umfrage schubladiert! In bewährter filzokratischer Manier – ähnlich Hainburg hierzulande – wird gegen diesen Widerstand, gegen diese Sorge und gegen Vorschläge für Besseres, mit mehr als fragwürdigen Genehmigungsprozeduren das Monsterprojekt durchgesetzt.
Nach der absichtlichen Blindheit der politischen Instanz, des bayerischen Umweltministeriums gegenüber den haarsträubenden Mängeln und Fehlern des DWK-Sicherheitsberichtes, gründen sich die Hoffnungen der Bevölkerungsmehrheit paradoxer-

weise nunmehr am ehesten auf die Betreiber selbst. Auf die Muttergesellschaften der DKW. „Begonnen wird der Bau erst", so haben die EVU-Aufsichtsräte nämlich laut SPIEGEL untereinander besprochen, „wenn alle Einsprüche der Atomgegner rechtskräftig abgewehrt sind. Das kann Jahre dauern – Jahre, die den Elektrizitätsmanagern diesmal durchaus willkommen sind."

© Österreichische Nationalbibliothek Wien www.biblioteca.at

BARBARA PETERSEIL

Stopfenreuther Au, Lager 1: 17. bis 22. Dezember 1984

Es ist schon so viel zum Thema Hainburg geschrieben worden, daß ich hier keine großartigen Überlegungen anstellen oder Argumente pro und contra führen will, sondern ich möchte nur berichten, was ich aus meiner Sicht im Lager 1 erlebt habe.

Montag, 17. 12.

Bei Einbruch der Dämmerung fuhren wir mit unserem Wagen, den wir in Stopfenreuth noch bis unters Dach mit Strohballen gefüllt hatten, von den Gendarmeriewachen unbehelligt, ins Augebiet, soweit es uns die von den Besetzern selbst errichteten Barrikaden erlaubten. Von dort transportierten wir die Ausrüstung mit Hilfe einiger anderer Naturschützer ins Lager 1, in dem ich in der nächsten Woche noch einiges erleben sollte.
Das Lager befand sich in einer Mulde, bei der es sich um einen ausgetrockneten Donaunebenarm gehandelt haben dürfte. Im hinteren Bereich gab es noch größere Tümpel, und während des Tauwetters der folgenden Tage verwandelte sich das Lager zunehmend in ein Schlammloch. Angesichts der Kälte und Feuchtigkeit waren wir um das Stroh, das uns die Bauern schenkten ziemlich froh. Es wurde unter die Zelte gelegt oder diente überhaupt als Zeltboden oder Sitzunterlage um die Lagerfeuer.
Soweit ich das schon in der ersten Nacht erkennen konnte, befand sich unser Lager gleich neben dem kleinen Gebiet, das Montag in der Früh gerodet wurde, und sehr nahe der Donaubrücke.

Dienstag, 18. 12.

Abgesehen von kleineren Aufregungen in der Nacht, verlief dieser Tag ziemlich ruhig, und so nützte ich ihn, um Kontakte zu knüpfen sowie das Gebiet etwas kennenzulernen. Nach einer ausgedehnten Wanderung über mehrere Lager gemeinsam mit einigen Wienern, wagte ich es, nach Stopfenreuth zu gehen, da man mir versichert hatte, es gäbe Möglichkeiten wieder in die Au hineinzugelangen.
Die Ortschaft schien schon einigermaßen mitgenommen durch die Tausende von Leuten, die hier durchgekommen waren und von hier aus versorgt wurden. Aber die Bevölkerung war äußerst entgegenkommend und freundlich, trotz dieses Ausnahmezustands. Im Haus Nr. 21 konnte man aufs Klo gehen, bei einem anderen Bauern konnte man sich Stroh holen und bei jenem in der Scheune schlafen. Die Zentrale war ebenfalls in einem Bauernhof untergebracht, von wo aus alles so gut wie möglich organisiert

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Natur und Land (vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz)

Jahr/Year: 1985

Band/Volume: 1985_1

Autor(en)/Author(s): Stockinger Heinz

Artikel/Article: Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Schwandorf, Bayern: Ohne Rücksicht auf Verluste... 18-25